

Erlass der Haushaltssatzung 2009, TOP 15, Ratssitzung am 11.03.2009
(Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Olaf Winkelmann; es gilt das gesprochene Wort)

Drei Grundsätze: Das Steuer fest in der Hand halten – der Vergeblichkeitsfalle entkommen und die Städteregion im Auge behalten!

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,**

Haushalt ist nichts anderes als praktizierte Politik. Dass diese Politik auch Akzente bekommt, die den SPD-Vorstellungen entspricht, war immer und wird auch zukünftig unser Bemühen in diesem Hause sein.

Wir wollen heute den dritten Haushalt nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) verabschieden. Eigentlich die gleiche Prozedur wie im jeden Jahr.

Dennoch gibt es durch die Entwicklung in den letzten Monaten ausgehend von der US-Subprimekrise gravierende Veränderungen nicht nur in der Finanz- und Bankwirtschaft, sondern auch in der Realwirtschaft. Alle Prognosen hierzu sind mit großer Unsicherheit behaftet. Des betrifft zum Teil auch den von uns zu beschließenden Haushalt.

Doch wir haben den festen Willen, aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Und wir wissen: Die Herausforderungen an unsere Kommunalpolitik bleiben auch in der Zukunft groß.

Angefangen von den Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene über den demografischen Wandel der Bevölkerungsstruktur bis zu den ökologischen Herausforderungen infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen viele Entwicklungen auch Bad Oeynhausen vor neue Aufgaben.

Überdies wird unsere kommunale Selbstverwaltung durch viele überörtliche Entscheidungen beeinflusst. Darauf reagieren wir mit dem politischen Willen zur Gestaltung - mit sozialdemokratischer Handschrift.

Ich möchte in meiner HH-Rede heute auf zwei Punkte besonders eingehen:

- Ich werde erstens die gestalterischen Schwerpunkte des Haushalts darstellen und begründen
- Und ich werde zweitens einen abschließenden Ausblick auf die zentrale zukünftige Gestaltungsherausforderung werfen, die uns sicherlich im nächsten Jahrzehnt beschäftigen wird: die kooperative Städte- und Regionalplanung im Rahmen einer Städtereion – auch zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte.

Punkt 1: Wodurch zeichnet sich der Haushalt 2009 besonders aus?

- Er ist erneut defizitär mit einem aktuellen Fehlbetrag im Ergebnisplan von 8,26 Mio. Euro, die wir über unsere Einnahmen hinaus ausgeben

- Anders als andere Städte brauchen wir kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen – allerdings muss dieser Haushalt erstmalig durch die Aufsichtsbehörde genehmigt werden – hätten wir in den letzten Jahren nicht die fraktionsübergreifenden Konsolidierungsbeschlüsse in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung vorbereitet, wären wir bereits in der Haushaltssicherung und hätten unser letztes Stück kommunaler Handlungsfähigkeit eingebüßt
- Wir haben wie in den vergangenen Jahren keine Steuererhöhung vorgenommen – wir haben auch keine neue Steuer eingeführt
- Allerdings müssen wir – die Stadt – infolge der Einführung der getrennten Regen- und Schmutzwassergebühr allein für das vergangene Jahr 820.000 Euro Gebühren an die Stadtwerke nachzahlen und müssen auch für das laufende Jahr 2009 mit insgesamt 1,7 Mio. Euro an Regen- und Schmutzwassergebühren für die Stadtwerke rechnen
- Im Schulbereich mit 8,5 Mio. Euro sowie im Jugendhilfebereich mit 8,3 Mio. Euro geben wir zusammen annähernd 17 Mio. Euro aus und setzen damit in diesem Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt für Kinder, Jugend und Familie – hierfür sind auch keine Kürzungen vorgesehen – im Gegenteil – hierfür ist die SPD in 2004 angetreten und wird dies auch fortführen
- Die Förderung der gesellschaftliche Teilhabe und Chancen durch Bildung für Kinder und Jugendliche - ja der gleichberechtigte Zugang zur Bildung, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind für uns Sozialdemokraten ein zentrales kommunales Gestaltungsfeld, hierunter fällt

- der Offene Ganzttag in den Grundschulen von 0 auf 6 Standorten mit insgesamt 13 Gruppen, die Übermittagsbetreuung, das Programm „Schule von acht bis eins“, aber vor allem auch der Ganztagsausbau im Bereich der weiterführenden Schulen
- hierunter fällt das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, an dem sich die Stadt beteiligt
- hierunter fällt der weitere Ausbau der Ganztagsplätze und Plätze für unter Dreijährige in den Kindergärten
- hierunter fällt die Tatsache, dass wir die Elternbeiträge für den Kindergarten versuchen stabil zu halten – auch nach Einführung des sogenannten KiBiz – es werden weiterhin keine Beiträge für Geschwisterkinder erhoben – beides subventionieren wir seit Wegfall der Landesmittel mit etwa 280.000 Euro an städtischen Mitteln jährlich
- ebenso wie der weitere Ausbau der Kindertagespflege mit dem „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ in Zusammenarbeit mit der AWO OWL – jüngst vom Jugendhilfeausschuss beschlossen – denn die Bundesregierung gibt zu Recht vor, dass bis zum Jahr 2013 jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz erhalten soll
- Kindertagespflege mit motivierten Tagesmüttern funktioniert aber nur, wenn die Tätigkeit als Tagesmutter attraktiv gestaltet wird – deshalb haben wir beschlossen, die Geldleistung für Tagesmütter anzuheben, um die aktuellen steuerlichen Nachteile durch die Bundesgesetzgebung für Tagesmütter aufzufangen

- Wir tragen mit einer entsprechenden Satzungsänderung auch dafür Sorge, dass arbeitssuchende Eltern Tagespflege für ihre Kinder beantragen können
- Insgesamt werden wir deshalb für diesen Bereich ab 2009 zusätzlich 25.000 Euro mehr ausgeben, also insgesamt 135.000 Euro
- Zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit gehört aber weiterer Handlungsbedarf – deshalb wurde auf Antrag der SPD-Fraktion im vergangenen Jahr der Familienpass Bad Oeynhausen eingeführt – für eine vermehrte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an Kultur, Sport und Bildungsangeboten
- Wir tragen mit unserem Haushalt ebenso dafür Sorge, dass die Übernahme der Schulbuchkosten für ALG-II-Empfänger durch die Stadt sichergestellt wird - übrigens eine Geldleistung, die bis vor zwei Jahren noch vom Land NRW übernommen wurde und für die wir jetzt einspringen – als wichtiger sozialpolitischer Beitrag, um den gleichberechtigten Zugang zur Bildung zu gewährleisten

Neben unserer bildungs- und sozialpolitischen Verantwortung stehen wir Sozialdemokraten zum Leitbild einer „Stadt der kurzen Wege“, die Förderung des Fahrradverkehrs, die Unterstützung eines nutzerfreundlichen ÖPNVs und erhöhte Verkehrssicherheit gerade im Bereich der Schulwegesicherung sind Elemente sozialdemokratischer Verkehrspolitik.

Auf Initiative der SPD – mit der dankenswerten Unterstützung vor allem der GRÜNEN, aber auch der FDP und CDU wurde in Fortsetzung des Runden Tisches „Fahrradfreundliches Bad Oeynhausen“ ein gleichnamiger Facharbeitskreis eingerichtet und zudem erstmalig für Bad Oeynhausen die Stelle eines Fahrradbeauftragten eingerichtet.

Herrn Bredemeier – unserem Fahrradbeauftragten - wünsche ich an dieser Stelle viel Erfolg für seine Aufgaben, die nicht wenig sind. Von attraktiven Abstellmöglichkeiten an den Schulen, dem Rathaus oder dem Bahnhof bis hin zur beantragten Aufnahme in die „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden“ als landesweite Auszeichnung warten noch viele Herausforderungen. Andererseits hat Bad Oeynhausen mit dem Weser- und Else/Werreradweg und anderen Attraktionen hervorragende Potentiale, die auch touristisch genutzt werden können.

Über den Straßenverkehr in Bad Oeynhausen zu diskutieren heißt immer auch über die Nordumgehung zu sprechen. Gemeinsam mit Bund und Land gilt es, den Bau der Nordumgehung über den gesetzlichen Mindeststandard hinaus zu gestalten. Verantwortung wahrnehmen - nicht wegleugnen - heißt die Devise aller verantwortlichen Kommunalpolitiker.

Wir wünschen uns deshalb den Einstieg in ein professionelles Mediationsverfahren – zum gedanklichen Brückenbau und der gemeinsamen Erarbeitung von Konfliktlösungsmodellen. Mit fest vereinbarten Spielregeln und auf freiwilliger Basis. Damit Wahrheiten, Halbwahrheiten und Unwahrheiten, mit denen bewusst gespielt wird, als solche anerkannt werden.

Wir haben 750.000 Euro als Verpflichtungsermächtigungen für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen entlang der Nordumgehung in den Haushalt gestellt und erwarten nun vom Bund die Zusage, im Rahmen eines Pilotprojekts der Bundesanstalt für Straßenwesen den Einbau des offenporigen Belags vorzunehmen.

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,**

Bad Oeynhausen ist zudem ein erfolgreicher Gesundheits- und Tourismusstandort. Erstmalig konnten wir im letzten Jahr mit 1.004.000 Übernachtungen eine siebenstellige Übernachtungszahl für Bad Oeynhausen ausweisen. Eine höchst erfreuliche Tatsache – auch weil die Erlöse aus den Kurbeiträgen entsprechend gestiegen sind – und zwar um 7,1 % auf insgesamt 1,18 Mio. Euro. Allen Verantwortlichen in den Vorsorge- und Rehakliniken, den Hotels und Pensionen sowie beim Eigenbetrieb Staatsbad und der Staatsbad GmbH sei an dieser Stelle aufrichtig gedankt.

Ich würde mir wünschen, dass diese erfreuliche Entwicklung beispielgebend wird. Denn genauso wie wir in Bad Oeynhausen Verantwortung bei der Kommunalisierung des Staatsbades wahrgenommen haben, weiterhin wahrnehmen werden und den Erfolg langsam spüren – genauso wünsche ich den jetzigen Akteuren der Mühlenkreiskliniken den dringend benötigten Erfolg und erwarte, dass sie ihre Verantwortung in gleicher Weise wahrnehmen.

Wir Bad Oeynhausener wissen, unser Krankenhaus im Verbund mit den Mühlenkreiskliniken ist unverzichtbar für die ortsnahe Gesundheitsversorgung unserer Stadt und darüber hinaus bis ins Kreisgebiet Herford. Die Finanzierungskrise des Verbundes, hauptsächlich hervorgerufen durch den Neubau in Minden, kann nur gemeinsam in der Verantwortung aller beteiligten Akteure gelöst werden. Und Bad Oeynhausen erwartet – sicherlich geschlossen – dass der Verbund der Mühlenkreiskliniken sich zukünftig stärker auf die Kliniken und auf das Krankenhaus Bad Oeynhausen konzentriert und weniger auf die Mühlen.

Doch vom Stichwort Mühle kann ich überleiten zu einem weiteren zentralen Handlungsfeld sozialdemokratisch getragener Kommunalpolitik: dem aktiven Klima- und Umweltschutz, der nicht nur repariert, sondern vorsorgt und die Lebensgrundlagen für Kinder und Enkelkinder bewahrt.

Unsere Umweltpolitik erhöht die Energieeffizienz und hilft, Energie zu sparen. Dies können wir nur gemeinsam im Rat der Stadt voranbringen. Alleingänge und Profilneurosen helfen an dieser Stelle nicht weiter. Die Solardächer auf dem Schulzentrum Nord, das Engagement der Bürgersolarinitiative in Wulferdingsen und vielleicht einmal die zusätzliche Wasserkraftnutzung am Sielwehr oder dem Kokturkanal in Werste sind gute Beispiele.

Die im Schulausschuss vorgeschlagenen Maßnahmen im Bereich Bildung des Konjunkturprogramms II sind weitere sehr gute Beispiele einer nachhaltigen Energie- und damit Klimaschutzpolitik. Für Bad Oeynhausen sind im Bereich Bildung, hier vornehmlich im energetischen Bereich, 3,2 Mio. Euro Fördermittel des Bundes vorgesehen. Wir könnten – wenn wir es beschließen – im Zeitraum 2009-2011 weitere 3 Mio. Euro an städtischen Investitionen hinzugeben – so wie von Herrn Hinzmann vorgestellt. Damit würden energetische Sanierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, die Jahr für Jahr 772.500 Kilowattstunden Energie einsparen oder über 200.000 Euro an Energiekosten.

Ich bin mir sicher, dass auch unsere größte städtische Tochter, die Stadtwerke Bad Oeynhausen, sich ihrer umweltpolitischen Verantwortung bewusst werden. Vom Abfallrecycling bis hin zur energetischen Nutzung von Faulschlamm aus der Kläranlage bieten sich zahlreiche Möglichkeiten an.

Überhaupt: die Gestaltung des öffentlichen Raumes, eine gute Infrastruktur, ein sauberes und gepflegtes Stadtbild sind die besten Voraussetzungen dafür, dass wir alle uns in Bad Oeynhausen wohlfühlen. Hierzu gehört – das hat die Debatte um den Winterdienst deutlich gemacht – dass sich die Stadtwerke verstärkt als Dienstleister für die Bürger verstehen. Denn die Bürger wünschen sich einen guten Ruf ihrer Stadtwerke, für die sie mit ihren Steuern und Abgaben zahlen.

Mit unseren beiden Anträgen zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur und zur Stadtbildpflege hat die Sozialdemokratie neuen und dringend notwendigen Schwung in diese Debatte gebracht. Wir werden verstärkt dafür Sorge tragen, hier im Rat und vor allem im Verwaltungsrat der Stadtwerke, dass dieser Gedanke nicht nur diskutiert, sondern auch mit Leben gefüllt wird. Die Stadtwerke mit ihren 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 24 Mio. Euro tragen an dieser Stelle eine besondere Verantwortung im Konzerngefüge der Stadt.

Ich komme nun zu den eingebrachten Änderungsanträgen ...

Änderungsanträge:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

Verantwortung trägt auch die SPD-Fraktion. Dieser sind wir uns sehr bewusst.

Deshalb haben wir uns in den Haushaltsberatungen darauf konzentriert, Bereiche hervorzuheben, in denen nach unserer Ansicht sowohl aus po-

litischer als auch aus finanzieller Sicht dringender Handlungsbedarf besteht.

Ich komme damit zu den SPD-Änderungsanträgen zum vorliegenden HH-Entwurf 2009. Entsprechend der gesetzten Schwerpunkte Bildung, Soziales und Infrastruktur haben wir folgende Änderungswünsche im Finanzausschuss eingebracht:

1. Das städtische Programm „Lernen fördern“ mit 250.000 Euro. Vorgesehen sind hier Maßnahmen, die einen chancengerechten Zugang zur Bildung gewährleisten und das Lernen im wahrsten Sinne des Wortes fördern. Beispielsweise in einem ersten Schritt durch die Befreiung der Schulbuchkosten, durch die Förderung einer warmen Mahlzeit im Grundschulbereich und durch die Sprachförderung in der offenen Ganztagsgrundschule durch unsere VHS. Der Schulausschuss als zuständiger Fachausschuss soll hierfür die notwendigen Maßnahmen beschließen. Perspektivisch soll das Mittagessen auch im Kindergarten und den weiterführenden Schulen eingeführt werden.
2. Wir beantragen, dass der Etat des Fahrradbeauftragten von 20.000 Euro um weitere 30.000 Euro auf insgesamt 50.000 Euro erhöht wird, damit dringende Maßnahmen und Planungen vorgebracht werden können.
3. Wir beantragen ebenfalls 15.000 Euro für Planungen zum Ausbau des Werreradwegs, damit die dort bestehenden gefährlichen Engpässe in den Unterführungen Eidinghausener Str. und B 61 im Jahr 2010 beseitigt werden können.

4. In diesem Jahr beginnt der Bau des Geh- und Radwegs an der Werster Str. von der Blöbaum-Kreuzung bis zur Siedlung Ostermasch. Damit ist der dortige Nahversorger ebenfalls sicher fußläufig zu erreichen. Zur Fortführung des Radwegs und zur Schulwegsicherung bis zur Ampel auf der Straßenhöhe „In der Wiewisch“ beantragen wir weitere 40.000 Euro für einen 2. Bauabschnitt.
5. Ferner beantragen wir die Erhöhung des Stundensatzes der Honorarkräfte der VHS um 50 Cent pro Stunde. (nicht etwa 50 %, wie in einer Zeitung zu lesen war). Dies wären 5.000 Euro für den Haushalt.
6. Darüber hinaus beantragen wir 30.000 Euro für die Herstellung eines Kleinfeldes an der Bernartschule. Ein Wunsch, der angesichts der Verhältnisse des dortigen Platzes nicht verwundert und überdies bereits seit 4 Jahren vom Förderverein der Bernartschule vorgeschlagen wird.
7. Wir wünschen uns zudem 15.000 Euro, um in den beschriebenen Mediationsprozess zur Begleitung des Baus der Nordumgehung einzusteigen.
8. Abschließend haben wir Planungskosten beantragt für die Erweiterung der Parkplätze am Friedhof Rehme (5.000 Euro), für einen Geh- und Radweg an der Volmerdingsener Str. Höhe Weizenweg bis Feldstr. (25.000 Euro) sowie im weiteren Verlauf in Höhe Kirchweg bis Wiehengebirgsstr. (10.000 Euro).

Wir begrüßen ausdrücklich den Wunsch der CDU, Planungskosten für ein Kombibad im Siel einzustellen und erwarten gleichzeitig, dass ergänzend weiterführende Gespräche mit der Balitherme geführt werden und

der Sanierungsstau am Rehmer Hallenbad dem Hauptausschuss vorgestellt wird. Der neue Rat – vielleicht auch noch dieser Rat – wird nicht umher kommen, eine Entscheidung zur zukünftigen Sicherstellung des Hallenbadschwimmens zu treffen.

Die SPD wird ebenfalls die beantragten Mittel zum Bau eines Geh- und Radwegs an der Wulferdingsener Str. gegenüber der Tankstelle Halstenberg unterstützen. Hier regen wir jedoch ergänzend an, den Gehweg bis zur Höhe der Straße „Vorwerk“ fortzuführen.

Unterstützung der SPD finden auch die Vorschläge der CDU bzgl. der Theodor-Heuss-Str., der Bergkirchener Str. und des Umkleide- und Toilettenhäuschens am Alten Loher Sportplatz. Hierzu liegt ja bereits ein Antrag des Sportvereins vor, ebenfalls hat es erste Gespräche mit der Verwaltung gegeben.

Ablehnen werden wir jedoch die beantragten 500.000 Euro für den Kunstrasenplatz. Nicht, weil wir den Platz nicht wollen. Der Kunstrasen für den Fußball findet die Unterstützung glaube ich aller Fraktionen, auch der SPD. Die aktuellen Gutachten machen jedoch deutlich, dass am Schulzentrum Nord aus Schallschutzgründen kein Platz möglich ist. Am Schulzentrum Süd – auf dem Tennenplatz – jedoch ebenfalls nicht, weil dort einer der wenigen Leistungsstützpunkte der Leichtathletik hier in OWL existiert. Und ich glaube doch, dass keiner der hier verantwortlichen Ratsherren und –frauen die eine Sportart zum Nachteil der anderen aufs Spiel setzen möchte. Das bedeutet jedoch, dass wir für die Herstellung eines Kunstrasenplatzes einen anderen Standort benötigen. Am SZ Süd gibt es noch weitere Flächen, die in Frage kämen. Aber dann sprechen wir nicht mehr von 500.000 Euro, sondern von 750.000 Euro oder

mehr. Zudem ist die Gegenfinanzierung durch die genannten EON-Gelder überhaupt noch nicht gesichert.

Auch Ablehnung der 500.000 Euro der FDP für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Nordumgehung (Verweis auf VE 750.000 Euro für lärm-mindernde Decke ► haushaltswirksam erst ab 2012 ff ► weitere Maßnahmen erst auf Zweckmäßigkeit prüfen)

Die SPD begrüßt und unterstützt ferner und ausdrücklich den von der FDP beantragten Radwegelückenschluss in Höhe der Grelle an der Volmerdingsener Str. im Rahmen der Schulwegesicherung.

Ebenfalls unterstützt die SPD den Wunsch der GRÜNEN nach einer Masterplanung für den Innenstadtbereich mit Fußgängerzone, Bahnhof, Kurpark und angrenzenden Gebieten.

Meine Damen und Herren – ich komme jetzt zur längst erwarteten Hauptaussage ...

Die SPD wird den vorliegenden HH-Entwurf mit den von mir genannten Änderungsanträgen - eingebracht von SPD, CDU, FDP und den GRÜNEN - mittragen und beschließen!

Ich bedanke mich im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich bei unserem Kämmerer Marco Kindler und seinem Team aus der Verwaltung, die an der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligt waren.

Den Dank möchte ich gerne noch erweitern. Denn alle hier im Rat der Stadt Bad Oeynhausen vertretenen Fraktionen übernehmen Verantwortung für diesen Haushalt und haben gemeinsam daran mitgewirkt (bis vielleicht auf eine Ausnahme), konstruktive Lösungen zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu erarbeiten.

Denn gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist es mehr denn je notwendig, im Rahmen der Haushaltsberatungen Gespräche zu suchen und über politische Schwerpunkte zu debattieren. Dies hat die SPD getan – zusammen mit der FDP, der CDU und den GRÜNEN.

Damit möchte ich auf einen abschließenden kurzen Ausblick überleiten ...

Nach Auffassung der SPD darf sich die kommunale Haushaltswirtschaft nicht nur auf die Verwaltung des Wenigen, auf das Zusammenkehren letzter Reserven und auf die Liquidierung kommunalen Vermögens reduzieren.

Im Klartext: der kommunale Schulterschluss wird dringender denn je. Die Städte in unserem Land brauchen eine an den Aufgaben angepasste finanzielle Ausstattung durch Bund und Land – um handlungsfähig zu bleiben.

Wir merken dies aus eigenen Erfahrungen. Wir haben sehr erfolgreich und fraktionsübergreifend in der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung Maßnahmen beschlossen, die nun jedes Jahr die städtischen Ausgaben um über 1,5 Mio. Euro entlasten. Wir haben auch die städtische Gesamtverschuldung des Kernhaushalts in den letzten 5 Jahren sehr er-

folgreich von rund 99 Mio. Euro auf jetzt rund 84 Mio. Euro zurückfahren können: Dies sind 10 Mio., die im Kernhaushalt eingespart wurden und weitere 5 Mio. Euro, die in die Stadtwerke ausgegliedert wurden.

Doch jetzt stoßen wir an die Grenzen des Machbaren und des Zumutbaren. Wir erkennen, wir können noch so viel Einsparen, unsere Schulden werden wir nicht komplett los. Das nennt man „Vergeblichkeitsfälle“.

Denn wir haben gesetzliche Pflichtaufgaben zu erfüllen, die uns von Bund und Land vorgegeben werden. Beispielsweise sind durch die Wirtschaftskrise steigende Arbeitslosenzahlen zu erwarten. Dies bedeutet für Bad Oeynhausen: steigende Aufwendungen für Hartz IV, eine verringerte Einkommenssteuer, ein verringertes Konsum und damit einhergehend eine verringerte Umsatzsteuer.

Deshalb gilt: Wir – die Städte – brauchen nicht nur einen Kontrolleur, sondern endlich mal einen Anwalt, der sich für die Kommunen einsetzt. Deshalb werbe ich für den kommunalen Schulterschluss. Was Städtereigionen wie Hannover, Münster und Aachen vormachen, wird in den nächsten 10 Jahren auch für andere Regionen gelten.

Das Zauberwort lautet: kooperative Städteplanung. In Hannover bilden die Gemeinden des Kreises und der Stadt Hannover seit 2001 einen Kommunalverband. Die dortigen Kommunen kämpfen nicht mehr jede für sich, sondern denken für den Gesamtraum. In Aachen passiert das gleiche.

Warum nicht auch hier im Unteren Werretal mit den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford? Hier können wir in Bad Oeynhausen gemeinsam mit unseren Nachbarstädten eine Schlüsselrolle übernehmen – damit in den nächsten 10-15 Jahren eine gemeinsame Stadt- und Regionalent-

wicklungspolitik betrieben wird. Mit einer gemeinsamen Planung, einer gemeinsamen Struktur- und Sozialpolitik, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragestellungen als „Städtereion“ beantwortet – mit einer gemeinsamen Verwaltung. Das spart auch Kosten!

Wir alle – egal ob Herford, Bad Oeynhausen, Löhne oder Minden –sind sehr aktiv und fördern den Gedanken der Städtepartnerschaften im Ausland. Das ist wichtig und soll auch so bleiben.

Aber wenn wir in Zukunft erfolgreich bleiben wollen – dann müssen wir den Gedanken der Städtepartnerschaft auch auf unsere Nachbarstädte und –gemeinden richten – in einer **Städtereion „Unteres Werretal“**. Denn die Zukunft der Städte ist die Region – in Zeiten der Globalisierung allemal.

In diesem Sinne werden wir auch bei wirtschaftlich stürmischem Wetter in den nächsten Jahren das Steuer fest in der Hand halten und die Politik für die Menschen hier in Bad Oeynhausen gestalten. Zu ihrem Wohle!

Jetzt, in den nächsten Wochen und im nächsten Jahr!

Dann übrigens als stärkste Fraktion hier im Rat ...

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!